

Behörde überprüft Frei.Wild-Texte

Konzert der Deutschrocker soll trotzdem stattfinden

VON JORN KIEBLER

Vier Tage vor dem Frei.Wild-Konzert im Capitol wird nicht nur der Protest gegen den Auftritt der Tiroler Band lauter. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) in Bonn prüft, ob die umstrittenen Rocker in einem ihrer Lieder Hass und Gewalt propagieren. Die Untersuchung setzte Thüringens Sozialministerin Heike Taubert (SPD) in Gang, nachdem der Journalist Thomas Kuban bei mehreren Behörden in ganz Deutschland eine Anfrage gestellt hatte. Das 13-seitige Schreiben, in dem der Journalist, der seit Jahren aus der rechtsextremen Szene berichtet, diverse Textpassagen der Deutschrocker zitiert, liegt auch dem niedersächsischen Sozialministerium vor. „Ministerin Cornelia Rundt begrüßt den Vorstoß ihrer Kollegin“, sagte Ministeriumssprecherin Heike Traeger. „Sollte die Prüfung ergeben, dass die Inhalte jugendgefährdend sind, werden die Lieder indiziert.“ Dabei gab Traeger zu bedenken, dass die Messlatte für ein solches Verbot sehr hoch liegt.

Einfluss auf das für diesen Freitagabend geplante Konzert hätte eine Indizierung ohnehin nicht. „Das liegt nicht in unserer Zuständigkeit“, sagte Traeger. Um den Auftritt abzusagen, wie es beispielsweise von den Jusos Niedersachsen gefordert wird, müsste die Stadt aktiv werden. „Uns sind aber die Hände gebunden“, sagte Sprecherin Konstanze Kalms auf Anfrage der HAZ. Selbst wenn die BPjM Texte indizieren würde, „könnte man der Band nur verbieten, diese Lieder zu spielen“.

Einzig das Capitol als Veranstaltungsort könnte von seinem Hausrecht Gebrauch machen und das Konzert absagen. Auf diese Weise verhinderte der Geschäftsführer eines Media Marktes in Jena am vergangenen Freitag einen Kurzauftritt von Frei.Wild. Capitol-Geschäftsführer Michael Lohmann hat das jedoch nicht vor. Er habe bereits im vergangenen Jahr bei Stadt Polizei und Verfassungsschutz angefragt, ob es bei einem Auftritt von Frei.Wild Bedenken gebe. Nachdem dies damals nicht der Fall gewesen sei, sieht Lohmann keinen Grund, seine Räumlichkeiten nicht an die Rocker zu vermieten.

Weniger Gewinn für Stadtwerke Hannover

Die Stadtwerke Hannover müssen leichte Verluste im laufenden Geschäftsjahr hinnehmen. Nach Informationen der HAZ muss der Gewinn um neun Millionen Euro nach unten korrigiert werden. Die gesamte Gewinnausschüttung, von der unter anderem die Stadt Hannover profitiert, beträgt voraussichtlich knapp 100 Millionen Euro. Auch für das kommende Jahr rechnen die Stadtwerke mit Gewinnrückgängen. Am morgigen Mittwoch wird sich der Aufsichtsrat mit dem Thema beschäftigen. Der Chef des Kontrollgremiums, Stadtkämmerer Marc Hansmann, hatte bereits in seiner Hausrede vergangene Woche angekündigt, dass die Gewinne der Stadtwerke künftig geringer ausfallen.

HAZ-LOKALREDAKTION

Telefon: (05 11) 5 18-1852 (Stadt & Land)
 Fax: (05 11) 5 18-2873
 E-Mail: hannover@haz.de
Abonnenten-Service:
 (08 00) 1 23 43 04 (kostenlos)

Mutter kämpft um Sorgerecht für ihre Tochter

Jugendamt Langenhagen nahm 14-Jährige nach fragwürdigem Gutachten in seine Obhut

VON TOBIAS MORCHNER

Ein Sorgerechtsstreit aus Langenhagen beschäftigt jetzt das Bundesverfassungsgericht. Die 44-jährige Linda N. hat über ihren Rechtsanwalt Beschwerde in Karlsruhe eingelegt, nachdem der Mutter vom Amtsgericht Hannover das Sorgerecht für ihre 14 Jahre alte Tochter Anna entzogen worden war. Als Grundlage für diese Entscheidung diente dem Familienrichter das Gutachten einer Sachverständigen, das zumindest von den Beschwerdeführern als „unvollständig“, und „mangelhaft“ eingestuft wird. Der Vater der 14-Jährigen hatte geltend gemacht, dass seine bei der Mutter lebende Tochter, die mehrfach in psychiatrischer Behandlung war, nicht mehr adäquat ärztlich versorgt werde. Eine vom Gericht bestellte Gutachterin setzte sich daraufhin eine Stunde lang mit der Jugendlichen zusammen. Als Treffpunkt

wählte die Familientherapeutin ein belebtes Café in der Fußgängerzone. Aus diesem Gespräch heraus und aus je zwei Treffen mit der Mutter und dem Vater stellte sie ihre 17-seitige Expertise. In dem Schreiben, das der HAZ vorliegt, kommt die Gutachterin zu dem Schluss, dass Mutter Linda N. „die äußere Versorgung von Anna sicherstellen kann“, dass „die Kindesmutter zweifellos bemüht ist, sich gut um Anna zu kümmern“, auch von Annas „sehr guten schulischen Leistungen“ ist die Rede. Doch sei das Mädchen „aus Sachverständigenblick völlig mit der Mutter solidarisiert und habe noch keinen angemessenen Weg gefunden, einerseits mit der Mutter verbunden zu bleiben, andererseits ganz eigene Schritte zu gehen“. Belege für diese These liefert das Gutachten nicht. Auch zu den möglichen Folgen dieses Verhaltens äußert sich die Gutachterin nicht. Dennoch kommt sie zu der Überlegung, „ob Gesundheitsfürsorge



Anwalt Pajam Rokni-Yazdi kämpft für Linda N. um das Sorgerecht für deren Tochter Anna.

ge und Aufenthaltsbestimmungsrecht im Zusammenhang mit der Gesundheitsfürsorge einer außenstehenden Person übertragen werden sollten“.

Sowohl das Amtsgericht Hannover als auch das Oberlandesgericht in Celle folgten der Einschätzung der Gutachterin,

ohne weitere Zeugen zu befragen. Ende Oktober holten drei Mitarbeiter des Jugendamts in Langenhagen Anna aus dem Unterricht im Gymnasium ab und brachten sie in eine betreute Wohngruppe in Gifhorn. „Die Sorgfaltspflicht, die Gerichte bei einer derartigen Entscheidung an den Tag legen müssen, wurde in diesem Fall eklatant missachtet“, sagt Pajam Rokni-Yazdi, der Rechtsanwalt der Mutter des Mädchens. Denn selbst wenn das Sachverständigengutachten der Tatsachen entsprechen würde, wäre aus Sicht des Juristen damit das Entziehen des Sorgerechts nicht zu begründen. „Ein solcher Schritt ist das letzte Mittel, wenn Erziehungsberechtigte versagt haben“, sagt Rokni-Yazdi. Aus Sicht des Rechtsanwalts verstoßen die beiden Gerichtsentscheidungen gegen Artikel 6 Absatz 3 des Grundgesetzes. Die Stadt Langenhagen wollte sich zu dem Fall nicht äußern.

THEMA DES TAGES



Schüler wollen heute durch Hannovers City ziehen und gegen Mehrarbeit für ihre Lehrer protestieren.

VON ANDREAS SCHINKEL

Die Route ist festgelegt, die Transportwege sind bemalt. Heute um 9.30 Uhr wollen sich Schüler in der City versammeln, um gegen die vom Land geplante Mehrarbeit für Gymnasiallehrer zu demonstrieren. Am Wochenende waren die beiden Demo-Organisatorinnen, Jella Misera und Rivka Schimelpfeng von der KGS Neustadt, noch von 1000 Teilnehmern ausgegangen, inzwischen rechnen sie mit 1600.

Fragen und Antworten zu einer umstrittenen Protestveranstaltung.

■ Wie lange dauert die Demo?
 Um 9.30 Uhr beginnt der Protest mit einer Kundgebung auf dem Steintorplatz. Dann ziehen die Schüler zum Kröpcke, weiter über den Ernst-August-Platz und durch die Luisenstraße bis zum Opernplatz. Dort werden noch einmal Reden gehalten von Vertretern des Stadtschüler- und des Stadtelterrats. Danach geht es weiter über die Windmühlenstraße, die Oster- und Karmarschstraße bis zum Landtag. Vor dem Parlamentsgebäude werden die beiden Organisatorinnen so-

wie Mitglieder der Lehrergewerkschaft GEW vor die Mikrofone treten. Angemeldet ist die Demo bis 12.30 Uhr, die Organisatorinnen gehen aber davon aus, dass eher Schluss ist.

■ Werden die Schüler bei der Demo beaufsichtigt?

Nein, denn es handelt sich um eine nicht schulische Veranstaltung, wie Beate Günther, Sprecherin der hannoverschen Gymnasiallehrer, betont. Daher bestehe keine Aufsichtspflicht. „Es kann aber sein, dass Lehrer, die Freistunden haben, mitgehen. Auch haben sich Eltern freigegeben, um Kinder zu begleiten“, sagt Günther. Die Organisatorinnen rechnen nicht damit, dass sich viele Fünft- und Sechstklässler in den Demonstrationszügen einreihen. Die Sekundarstufe II dürfte viel stärker vertreten sein.

■ Welche Konsequenzen müssen demonstrierende Schüler befürchten?

Schüler die zur Demo gehen, bekommen einen „unentschuldigten Fehltag“ in ihre Zeugnisse eingetragen. Auf diese Regelung haben sich die hannoverschen Gymnasialleiter geeinigt. Sie beziehen sich dabei auf eine Richtlinie des Kultusministeriums, die besagt, dass eine Demonstrationsteilnahme keine Beurteilung rechtfertigt. Allerdings lässt das Ministerium einen Ermessensspielraum zu. Jeder Schulleiter hat es letztlich in der Hand, eine Entschuldigung wegen Protestteilnahme zu akzeptieren. „Er sollte dabei den Leistungsstand des Schülers berücksichtigen, das Niveau der Klasse und die Dauer des Unterrichtsausfalls“, sagt Günther. Der grundsätzliche Konflikt zwischen Schulpflicht und der Möglichkeit zu politischer Bildung lasse sich kaum auflösen.

■ Können Eltern ihr Kind einfach zu Hause behalten?

Nein, denn es gilt auch am Tag der Protestkundgebung die allgemeine Schulpflicht. Bleibt ein Kind zu Hause, kassiert es ebenfalls den Zeugnisvermerk „unentschuldigter Fehltag“. Ob Schüler zur Demo gehen oder zu Hause bleiben – die Konsequenzen auf dem Papier sind dieselben.

■ Was passiert mit den Kindern, die in der Schule bleiben?

„Der Unterricht findet statt“, betont die Sprecherin der Gymnasiallehrer. Selbst wenn eine Klasse extrem ausgedünnt sein sollte, werde unterrichtet.

■ Warum protestieren die Lehrer nicht selbst?

Die Gymnasiallehrer haben ihrem Ärger darüber, dass sie eine Stunde pro Woche länger unterrichten sollen, bereits Luft gemacht. So setzen sie einen Protestbrief an Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) auf. „Dort sind all unsere Argumente formuliert“, sagt Günther. Die Schüler gehen auf die Straße, weil sie Nachteile für sich befürchten, wenn es zur Überlastung der Lehrkräfte durch Mehrarbeit und Stellenabbau kommt.

Zu den Artikeln „Ohne Demo schlechte Noten“ und „Ärger um Schüler-Demo für die Lehrer“ vom 22. und 25. November erreichten uns zahlreiche Zuschriften.

Keine Beeinflussung

Sowohl der Titel als auch die Darstellung der Lehrer wirkt in diesem Artikel ziemlich einseitig. Es wird anhand des Beispiels „eines“ Gymnasiums „im Umland“ der Eindruck erweckt, „die“ Lehrer würden die Schüler in ihrem Sinne beeinflussen und Druck ausüben, damit diese an der Demonstration teilnehmen. Ich möchte mich davon klar distanzieren: Diese Veranstaltung und auch die Terminierung sind von dem Bündnis „Schüler gegen Bildungswillkür“ organisiert worden. Die Lehrer werden wie an jedem gewöhnlichen Schultag Unterricht anbieten, und wenn die Schüler (ggf. mit Erlaubnis ihrer Eltern, wenn sie noch nicht volljährig sind) von ihrem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit Gebrauch machen möchten, dann ist das ihre Entscheidung. Eine Beeinflussung von der Lehrerschaft darf und wird nicht stattfinden.

Iris Kühl

Bürokratieverhalten

Das bürokratische Verhalten der Schulleiter lässt die Schüler (und Eltern) noch stärker zwischen die Fronten geraten. Hat der Entschluss der Personalräte der Gymnasien den Schülern (und Eltern) deren Hilfslosigkeit aufgezeigt und unsere Kinder instrumentalisiert, so sorgen die Schulleiter ihrerseits dafür, dass die unerfreuliche Angelegenheit mehr und mehr zwischen den Lehrern und Schülern ausgetragen wird. Dies wird weder das Arbeitsklima noch die Motivation steigern. Die Politiker freuen sich sicherlich schon über das zeitige Weihnachtsgeschenk!

Anke Dieckhoff



Am Sonnabend demonstrieren die Lehrer, heute gehen die Schüler auf die Straße. Hagemann

Politiker verschleiern Lohnkürzung

Die rot-grüne Landesregierung verschleiern mit ihrem „Eine Stunde mehr geht noch“ erfolgreich, was die Änderung der Arbeitszeitverordnung für Lehrer eigentlich ist: eine Lohnkürzung um gut vier beziehungsweise um gut acht Prozent für die älteren Lehrer. Wieder einmal wird diese bereits von Altkanzler Schröder geschmähte Berufsgruppe herangezogen, um den Landeshaushalt zu sanieren beziehungsweise angeblich um den Ausbau der Kindertagesstätten und

Ganztagsschulen zu sichern – es wird also eine Lohnkürzung bei einem kleinen Teil der Beschäftigten, besonders der älteren, durchgeführt, zum Wohle aller. Dies ist weder sozial noch demokratisch. Das sollte man einmal mit verdis Müllmann oder den Mitgliedern der IG-Metall probieren! Aber Lehrer können ja nicht streiken! Da braucht man dann auch keine Angst zu haben, zumal man ja gerade gewählt worden ist.

Christoph Kayser

Schulleistungen zählen

In der letzten Zeit hat die HAZ größtenteils recht objektiv zum Thema Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrkräfte berichtet, was mich als betroffene Lehrerin durchaus positiv gestimmt hat. Der Artikel „Ohne Demo schlechte Noten?“ könnte allerdings längst beseitigte Missverständnisse wieder aufkommen lassen, weshalb ich einige darin erwähnten Dinge klarstellen möchte.

Im Artikel wird die Fürsorgepflicht von Lehrern angesprochen, und diese nehme ich – und da spreche ich sicher für all meine Kolleginnen und Kollegen – sehr ernst. Gerade aus diesem Grunde erkenne ich an, dass die Schüler, je nach Alter, selbstständig und/oder in Rücksprache mit ihren Eltern entscheiden, ob sie an der Demonstration teilnehmen wollen oder nicht. Eine Aufforderung zur Teilnahme kam für mich nie in Frage. Überrascht und fast erschreckt hat mich die Befürchtung, dass eine Nichtteilnahme schlechte Noten zur Folge haben könnte. Hier kann ich alle besorgten Eltern beruhigen: Unabhängig davon, welche Einstellung wir zur aktuellen Politik der Landesregierung haben mögen, bewerten wir Lehrkräfte natürlich ausschließlich die erbrachten schulischen Leistungen, keinesfalls das Politische.

Lena Specht

Veröffentlichungen in dieser Rubrik sind keine redaktionelle Meinungsäußerung. Damit möglichst viele Leser zu Wort kommen, muss die Redaktion Leserbriefe gelegentlich kürzen. Bei allen Einsendungen bitten wir um Angabe der vollständigen Absenderadresse.

Apple-Store lässt noch auf sich warten

Geschäft musste zunächst stützenfrei werden

VON CONRAD VON MEDING

Seit Monaten ist das Erdgeschoss des ehemaligen Olymp- & Hades-Geschäftshauses in bester Lage der Bahnhofstraße verhüllt. In Hannover ist es ein offenes Geheimnis, dass dort der Computer- und Mobilfunk-Trendsetter Apple ein Geschäft einrichtet. Zunehmend verdichten sich aber die Gerüchte, dass es im Weihnachtsgeschäft möglicherweise nichts mehr wird mit der Eröffnung. Die Ansprüche des Bauherrn waren gewaltig, die Immobilie wird aufwendig umgebaut.

Eine offizielle Bestätigung gibt es nicht für diese Geschichte: Das Corporate Design für die Apple-Geschäfte sieht keine Stützen vor. Bedauerlicherweise befanden sich in dem Erdgeschoss des Geschäftshauses, in dem früher das Karstadt-Technikhaus war, sechs große Stützen. Sie hinderten die fünf über dem Geschäft liegenden Etagen daran, der Schwerkraft nachzugeben und ins Erdgeschoss zu fallen. Dem Vernehmen nach musste das von Apple beauftragte Londoner Architekturbüro mithilfe etlicher Statiker Lösungen finden, die Stützen im Erdgeschoss zu beseitigen. Das soll für die Verzögerungen verantwortlich sein.

Für Apple ist der Aufwand nichts Ungewöhnliches. In München mussten für ein Geschäft Straßenlaternen versetzt werden, weil Laternen vor dem Laden nicht zum Designkonzept passten. In Berlin musste eine komplette Etage entfernt werden, damit das Geschäft hoch genug wurde. Auch für solche Beispiele gibt es keine Bestätigungen: Geheimniskrämerei gehört ebenfalls zum Apple-Konzept.

HAZ-LESERFORUM

Haben Sie etwas auf dem Herzen, oder wollen Sie uns auf ein Thema aufmerksam machen? Dann rufen Sie uns doch an. Heute von 11 bis 12 Uhr erreichen Sie



Simon Benne
 HAZ-Redakteur
 Telefon (05 11) 5 18-2872

Hannoversche Allgemeine

Gegründet 1893 von Dr. h. c. August Madsack

HERAUSGEBER
 Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG

CHEFREDAKTION
 Matthias Koch, Hendrik Brandt
 chefredaktion@haz.de - (05 11) 5 18-1801

VERANTWORTLICH IN DEN RESSORTS

NACHRICHTEN UND POLITIK Jörg Kallmeyer
 Blick in die Zeit: Susanne Iden
 Landespolitik: Dr. Klaus Wallbaum
 news@haz.de - (05 11) 5 18-1801

HANNOVER Volker Goebel
 Conrad von Meding (stv.)
 hannover@haz.de - (05 11) 5 18-1851

NIEDERSACHSEN Michael B. Berger
 niedersachsen@haz.de - (05 11) 5 18-1824

KULTUR/der 7. tag Ronald Meyer-Arzt
 Uwe Janssen (stv.)
 kultur@haz.de - (05 11) 5 18-1832

WIRTSCHAFT Stefan Winter
 Jens Heitmann (stv.)
 Carola Böse-Fischer (stv.)
 wirtschaft@haz.de - (05 11) 5 18-1824

WELT IM SPIEGEL/MEDIEN Dany Schrader
 Imre Grimm (stv.)
 welt@haz.de - (05 11) 5 18-1824

SPORT Heiko Rehberg
 Stefan Knopf (stv.)
 sport@haz.de - (05 11) 5 18-1840

GESTALTUNG Michael Pohl
 layout@haz.de - (05 11) 5 18-1801

HAZ-AGENTUR Stefanie Gollasch
 Ral/Volke (stv.)
 haz-agentur@haz.de - (05 11) 5 18-1824

CHEF VOM DIENST Birgit Dralle-Bürgel
 Lutz Müller (stv.)
 cvd@haz.de - (05 11) 5 18-2858

FOTO Michael Thomas
 Brigitte Kehe
 fotoredaktion@haz.de - (05 11) 5 18-2840

BÜRO BERLIN Harald John
 Reinhard Urschel
 berlin@haz.de - (0 30) 206290-60

ANZEIGEN

Günter Evert (verantwortl.)
 Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG,
 August-Madsack-Str. 1, 30559 Hannover
 Postanschrift: 30148 Hannover
 Verlag (05 11) 5 18-0
 Kleinanzeigen Privatkunden 0800-1234401*
 Kleinanzeigen Geschäftskunden 0800-1234402*
 Anzeigenaufnahme im Internet www.haz.de
 Telefax Kleinanzeigen 0800-1234410*
 Abonnentenservice 0800-1234304*
 Telefax Abonnentenservice 0800-1234309*
 * Kostenloser Servicenummer
 HAZ-Online www.haz.de
 Twitter www.twitter.com/haz
 Facebook www.facebook.com/
 HannoverscheAllgemeine

Erscheinungsweise: werktäglich morgens. Monatlicher Bezugspreis bei Lieferung durch Zusteller € 32,60 (einschl. Zustellkosten und 7% = € 2,13 Mehrwertsteuer) oder durch die Post € 35,40 (einschl. Portoteil und 7% = € 2,32 Mehrwertsteuer). Für Kündigungen von Abonnements gilt eine Frist von einem Monat zum Quartalsende. Im Fall höherer Gewalt und bei Störung des Arbeitsfriedens kein Entschädigungsanspruch.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Bilder und Bücher wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur, wenn Rückporto beigelegt ist. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist für das Mahnverfahren und im Verkehr zu Vollkaufleuten Hannover.
 Alle Rechte vorbehalten. Die Zeitung ist in all ihren Teilen urheberrechtlich geschützt. Ohne vorherige schriftliche Genehmigung durch den Verlag darf diese Zeitung oder alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen weder vervielfältigt noch verbreitet werden. Dies gilt ebenso für die Aufnahme in elektronische Datenbanksysteme und die Vervielfältigung auf CD-ROM.
 Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 73
 Amtl. Organ der Niedersächsischen Börse zu Hannover

HAZ LESER FORUM

Was meinen Sie? Diskutieren Sie mit, und schreiben Sie uns. Unsere Redakteurin **Tatjana Riegler** freut sich über Ihre Zuschriften.

- HAZ-Redaktion Leserforum, 30148 Hannover
- E-Mail: Leserforum@haz.de
- Internet: www.haz.de
- Twitter: twitter.com/haz
- Facebook: facebook.com/HannoverscheAllgemeine

Hut ab!

Einschüchterung und Erziehung zum Duckmäusertum! Ein „unentschuldigter Fehltag“ müsse auf dem Zeugnis vermerkt werden, behaupten zwei Gymnasialdirektoren. Stimmt das? Nein, denn einmal ist kein häufiges „unentschuldigtes Fehlen“. Also: Eine reine Einschüchterungsmaßnahme gegenüber Schülern und Eltern. Vielleicht will man auch nur den Ruch der Einflussnahme meiden.
 Und die Folgen? Zwei engagierte Jugendliche setzen sich politisch ein für ihre Rechte als Betroffene – korrekt, selbstbewusst, gut organisiert. Mein Eindruck: Lasst uns lernen von Jugendlichen, die sich hier ein Stück aktiver Bürgergesellschaft mit Herz und Sachverstand erarbeiten! Hut ab für diese Jugendlichen!
 Hannover Friedrich Huneke